Landesbeirat zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen
Schleswig-Holstein

Protokoll

Landesbeirat zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen Schleswig-Holstein.

46. Sitzung
13. April 2026
15:30 – 18:00 Uhr

Teilnehmende

Mitglieder

- Kerstin Scheinert
- Thies Teegen
- Silke Engel
- Christian Sach
- Martina Scheel
- Jürgen Trinkus
- Norbert Stolte
- Michael Niemann
- Karin Pfeiffer
- Nadine Sierks
- Susanne Lottermoser
- Janine Kolbig
- Matthias Krasa
- Marcus Haß
- Silke Haß
- Niels Luithardt
- Marion Malzahn (digital)
- Maja Hidic (digital)
- Sebastian Freese (digital)
- Kai Lehnert (digital)

Beratende Mitglieder

- Hans-Hermann Riese
- Rüdiger Hannig

Gäste

- Alexandra Arnold
- Arne Braun (Geschäftsführer)
- Mitarbeitende der Landesbeauftragten und weitere Gäste

1. Begrüßung

Michaela Pries begrüßt die Mitglieder des Landesbeirates.

2. Gesundheitliche Versorgung

Michaela Pries stellt gemeinsam mit Henrike Bleck die Bereiche vor, in denen die Landesbeauftragte in diesem Bereich aktiv ist. Beim Aktionsplan für ein barrierefreies Gesundheitswesen des Bundes war die Landesbeauftragte über die Arbeitsstruktur aller Landesbeauftragten eingebunden und hat in verschiedenen Gremien mitgewirkt. Aus Sicht der Landesbeauftragten gibt der Aktionsplan bekannte Erkenntnisse wieder und beschreibt Zuständigkeiten und Finanzierungsströme. Er ist weniger ein inklusiver Maßnahmenplan für entscheidende Akteure im Gesundheitswesen. Daneben war die Landesbeauftragte auf der letzten Gesundheitsministerkonferenz und hat dort im Namen aller Landesbeauftragten eine Empfehlung zur Neuregelung der Triage abgegeben. Daneben berichtet die Landesbeauftragte, dass von den Beauftragten der Länder eine Initiative zur Förderung für den barrierefreien Umbau von Hausarztpraxen in ländlichen Regionen über ein Förderprogramm des Bundes eingebracht wurde. Ob diese Initiative aufgenommen wird, ist bisher unklar.

Tanja Speck teilt mit, dass sie für einen Augenarztbesuch weite Wege auf sich nehmen muss, da die Praxen in der Umgebung, die für sie erforderliche Barrierefreiheit, nicht aufweisen.

Die Landesbeauftragte berichtet, das sie alle – insgesamt vier - sozialpädiatrische Zentren (SPZ) in Schleswig-Holstein besucht hat. SPZ bieten Kindern mit Behinderungen ein breites Spektrum an Diagnose- und Therapiemöglichkeiten an. Die Landesbeauftragte setzt sich dafür ein, dass es weitere SPZ geben soll bzw. die Kapazitäten erweitert werden. Das Thema ist auch Schwerpunkt in einem landesweiten Gremium, indem die Landesbeauftragte einen dauerhaften Gaststatus hat. In diesem Gremium sitzen Vertretungen von Krankenkassen, Landeskrankenhausgesellschaft, Ministerium und Kassenärztlicher Vereinigung.

Daneben wirkt die Landesbeauftragte bei der Erarbeitung einer Landespräventionsstrategie mit. Ein Mitglied fragt nach den Beteiligungsmöglichkeiten in diesem Prozess. Henrike bietet an, dass sie angerufen werden kann und verweist auch auf die Landesvereinigung Gesundheitsförderung. Darüber hinaus ist die Landesbeauftragte an weiteren Prozessen beteiligt und versucht die verschiedenen Akteure für die Bedarfe von Menschen mit Behinderungen zu sensibilisieren. Insgesamt stellt Michaela Pries fest, dass sie in den Gremien und Prozessen viel Akzeptanz und Wertschätzung erfährt und bewertet die Entwicklungen im vielfältigen Bereich der gesundheitlichen Versorgung insgesamt als sehr positiv.

Michaela Pries versteht den Wunsch der Mitglieder, sich eingehender mit dem Thema gesundheitliche Versorgung zu beschäftigen. Hierbei weist sie aber auch auf die Ehrenamtlichkeit der Mitglieder hin und damit auf die begrenzten zeitlichen Ressourcen. Auch teilt sie mit, dass in den Arbeitsprozessen des Landesbeirates in der Regel die gleichen Personen teilnehmen. Vor diesem Hintergrund und der Komplexität des Themas erscheint eine Befassung nur bedingt geeignet.

Christian Sach weist auf ein Nachwuchsproblem in den Selbstvertretungsstrukturen hin, wodurch Angebote zur Beteiligung nicht wahrgenommen werden können. Dies ist ein drängendes Problem.

Michaela Pries zeigt sich offen für strukturelle Änderungen in der Organisation des Landesbeirates. Aktuell ist sie vorsitzendes Mitglied und hat die Geschäftsführung, was im Landesbehindertengleichstellungsgesetz geregelt ist. Wenn der Landesbeirat eine Veränderung in diesem Bereich anstrebt, würde sie dies unterstützen.

Mathias Krasa findet die größere Beteiligungsmöglichkeiten der Verbände wichtig und kann die Vorschläge von Michaela Pries nachvollziehen, jedoch weist er deutlich daraufhin, dass die Ressourcen der Selbstvertretungen stark begrenzt sind. Wenn dies wirklich gewünscht wird, brauchen die Verbände entsprechende Ressourcen, aber auch Fortbildungen und Qualifizierungen. Michaela Pries stellt klar, dass sie selbstverständlich die Mitglieder weiterhin unterstützt und angesichts der geschilderten Herausforderungen, die Partizipationsstrukturen in einem gemeinsamen Prozess überprüfen will.

Janine Kolbig teilt ihren Unmut in den Arbeitsprozessen hinsichtlich der Beteiligung und Eigeninitiative der Mitglieder mit. Partizipation heißt auch, Verantwortung zu übernehmen. Janine Kolbig ist bereit, eine Arbeitsgruppe zu leiten, aber nur, wenn andere auch gewillt sind, Zeit und Energie zu investieren. Ansonsten ist es frustrierend.

Martina Scheel möchte die Aussagen von Mathias Krasa und Janine Kolbig unterstützen und kann die Aussagen von Michaela Pries nachvollziehen. Aus ihrer Sicht können die angesprochenen Aufgaben unter den gegebenen Umständen von den Mitgliedern nicht geleistet werden.

Aufgrund der Diskussionen soll es einen gemeinsamen Prozess zu den Beteiligungsstrukturen im Landesbeirat geben. Das Büro der Landesbeauftragten wird das Thema besprechen und dann mit einem Vorschlag auf die Mitglieder zu kommen.

3. Aktuelles

3.1 Landesfachstelle Barrierefreiheit

Michaela Pries berichtet von dem Antrag der SPD zur Einführung einer Landesfachstelle Barrierefreiheit. Dazu gab es am 6.11. eine Anhörung im Sozialausschuss, auch mit

Mitgliedern des Landesbeirates. Die Mitglieder der Regierungsfraktionen haben bei der Ausschusssitzung große Bedenken formuliert. Danach hat Michaela Pries Gespräche mit den Mitgliedern des Sozialausschusses geführt und konnte bewirken, dass die Regierungsfraktionen einen Alternativantrag (Umdruck 20/6191) formuliert haben. Die Landesregierung soll jetzt prüfen, ob Schleswig-Holstein eine Landesfachstelle braucht. Hierzu soll eine fundierte Bestandsaufnahme erstellt werden. Michaela Pries wird die Landesregierung bei der Ausgestaltung des Gutachtens unterstützen. Sie empfiehlt den Mitgliedern, weiterhin über ihre Selbstvertretungsverbände für eine Landesfachstelle zu werben. Der Regierungsantrag liegt dem Protokoll bei.

3.2 Nachbesetzung AG Focal-Point

Arne Braun hatte im Vorwege der Sitzung die Mitglieder informiert, dass Thomas Bartels nicht mehr in der AG Focal-Point mitarbeiten möchte. Die Mitglieder hatten die Möglichkeit, ihr Interesse an einer Mitarbeit mitzuteilen. Tanja Speck hat dies gemacht und wird Mitglied der AG Focal-Point sein.

3.3 Digitalisierungsbeschleunigungsgesetz

Arne Braun erläutert kurz das Digitalisierungsbeschleunigungsgesetz. Das Gesetz sieht ein digitales Pflichtkonto für alle Bürger und Bürgerinnen vor. Dieses Pflichtkonto wird zentral für die Kommunikation mit den Behörden sein. Zu diesem Gesetz wird es am 11.5. von 15.30 – 17.00 Uhr ein Treffen in Raum 139 des Landtages geben. Herr Dr. Karg und Herr Ellerman aus der Staatskanzlei werden das Gesetz und insbesondere die angedachte Assistenzleistungen vorstellen.

4. Vorstellung Positionspapier Autismus

Arne Braun begrüßt Alexandra Arnold ganz herzlich. Alexandra Arnold ist Geschäftsführerin der Lebenshilfe und Mutter eines Sohnes im Autismus Spektrum. Beim Landesbeirat ist sie als Vertreterin des Autismus Netzwerkes und stellt das Positionspapier des Netzwerkes vor. Seit 2024 vertritt Arne Braun die Landesbeauftragte beim Netzwerk. Gemeinsam organisieren Sonja Steinbach (Paritätischer), Alexandra Arnold und Arne Braun die Netzwerktreffen. Zu Beginn ihres Beitrags stellt Alexandra Arnold kurz das Netzwerk vor. Das Netzwerk hat sich im Jahr 2015 gegründet. Seither treffen sich zweimal im Jahr Fachkräfte, Selbstvertreter*innen und Angehörige. Ziel der Netzwerktreffen ist es sich fachlich auszutauschen und sich zu vernetzen.

Das Netzwerk hat sich entschieden ein Positionspapier zu schreiben, da es große strukturelle Defizite bei den Unterstützungsmöglichkeiten für Menschen im Autismus Spektrum gibt. Diese betreffen alle Phasen und Bereiche des Lebens - wie z. B. Kita, Schule, Wohnen und Arbeit.

Das Positionspapier orientiert sich an Lebensbereichen. Alexandra Arnold stellt die Inhalte in den Grundzügen dar. Ausführlicher stellt sie die Situation für Kinder unter sechs Jahren dar. Hier ist es ein Problem, dass Eltern viel zu lange auf entsprechende Facharzttermine für eine Diagnose warten müssen und damit auch keine angemessenen Leistungen erhalten. Ein weiteres großes Problem ist die ungenügende Datenlage. Eine gute Datenlage wäre aber Grundlage, um entsprechende Angebote und Unterstützungsleistungen von Seiten der Leistungsträger und Leistungserbringer bereitzustellen. Alexandra Arnold betont, dass den Mitgliedern des Netzwerkes keine strukturierte Erfassung auf kommunaler und Landesebene bekannt ist.

Christian Sach teilt sein Unverständnis und Verwunderung mit, dass es auch in diesem Bereich eine ungenügende Bedarfserfassung gibt.

Susanne Lottermoser hat ein Kind im Autismus Spektrum und kann die dargestellten Probleme bestätigen und spricht von einen systematischen Ignorieren der Thematik. Insbesondere die Schulzeit war sehr herausfordernd.

Alexandra Arnold wünscht sich im Namen des Netzwerkes eine vertiefte Befassung des Landesbeirates mit der Lebenssituation von Menschen im Autismus Spektrum und macht das Angebot, den Dialog zu vertiefen.

Die Mitglieder sprechen sich dafür aus, dass Menschen im Autismus Spektrum zukünftig als Selbstvertretung in den Landesbeirat aufgenommen werden sollen.

Das Positionspapier wird mit dem Protokoll versendet, auch in einer Übertragung in einfacher Sprache.

5. Verschiedenes

5.1 Gehörlosenverband

Die Mitglieder des Landesbeirates hatten sich gewünscht, dass die Vertretungen des Gehörlosenverbandes in den Landesbeirat kommen, damit es einen Austausch über den überraschenden Austritt gibt. Arne Braun berichtet, dass er auf seine Anfrage keine Antwort erhalten hat.

5.2 Campus Klassen

Arne Braun teilt mit, dass es am 27.4. um 15.30 Uhr einen Fachaustausch zum Thema Campus Klassen gibt. Frau Fey aus dem Bildungsministerium wird den Entwurf des Rahmenkonzeptes vorstellen.

5.3 Broschüre Peers in der Eingliederungshilfe

Ursula Hegger berichtet, dass die Broschüre zu Peers in der Eingliederungshilfe fertig ist. Die Broschüre wird in gedruckter Form verteilt und kann in Kürze digital von der Seite der Landesbeauftragten abgerufen werden.

5.4 Fachtag Gewaltschutz in der Eingliederungshilfe

Am 24.6. veranstaltet die Landesbeauftragte gemeinsam mit der Petze eine Fachtagung zum Thema Gewaltschutz in der Eingliederungshilfe. Der Untertitel der Veranstaltung lautet „Zwischen Erfolg und Ernüchterung: Was braucht Schleswig-Holstein“ und richtit sich an Personen, die sich schon mit dem Thema auskennen.

Eingeladen werden Fachkräfte von Leistungserbringern, von Leistungsträgern und gewählte Interessenvertretungen (Werkstatträte, Bewohnerbeiräte und Frauenbeauftragte). Daneben soll mit Mitgliedern des Landtages und Vertretungen aus dem Sozialministerium gesprochen werden. Eine Einladung bekommen auch die Mitglieder des Landesbeirates.

Für das Protokoll
Arne Braun